

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammann.

VIII. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 4. Oktober 1889.

N^o 78.

Die amerikanische Zollunion.

Am 1. Oktober ist in Washington ein Congress von Delegirten der nord-, mittel- und südamerikanischen Staaten zusammgetreten, welcher über das Project eines wirthschaftlichen Zusammenschlusses aller amerikanischen Staaten in zoll- und handelspolitischer Hinsicht berathen soll. Das Project geht von den Vereinigten Staaten Nordamerikas aus.

Es kann nicht auffallen, daß hierfür an erster Stelle ideale Gesichtspunkte geltend gemacht worden sind. Der ganze Welttheil, welcher 38,8 Millionen Quadratkilometer umfaßt und 115 Millionen Einwohner hat, soll sich, so verschieden seine Nationalitäten sind, als eins fühlen und als ein Ganzes den anderen Welttheilen und Nationen gegenüber auftreten! Aber hauptsächlich liegen diesem nordamerikanischen Projecte doch praktische Motive zu Grunde, wie dies in der New-Yorker Tribune mit folgenden Worten unverholen ausgesprochen wird: „Wir verfolgen durch die Einberufung des Congresses das Ziel, die südamerikanischen Staaten dahin zu bringen, daß sie ihre Manufacturwaaren bei uns einkaufen, statt sich an die Europäer zu wenden, wie das heute der Fall ist. Alles wird versucht werden, um den Völkern von Südamerika den Beweis zu liefern, daß sie in ihrem eigenen Interesse einen Theil des Handels den Vereinigten Staaten abgeben können, welchen sie bis jetzt mit Europa unterhielten.“

Hieraus leuchtet hervor, daß sich Amerika — nach der Absicht der Vereinigten Staaten Nordamerikas — handelspolitisch auf Kosten oder zum Nachtheil Europas einigen soll. Die nordamerikanische Industrie, welche in den letzten Jahren, Dank der Schutzpolitik, sehr erstarkt ist, sucht in Südamerika Absatz, wo bisher europäische Waaren gebraucht wurden. Das Project hat also eine sehr wesentliche Bedeutung für Europa. Es sollen die europäischen Erzeugnisse, welche bei der Erstarkung der nordamerikanischen Industrie schon immer weniger im Norden Eingang finden, auch von dem Süden ausgeschlossen werden, wo sie von Jahr zu Jahr größeren Absatz gefunden haben. Aber nach wie vor — so rechnet man in Amerika — wird Europa nicht nur der nord-, sondern auch der südamerikanischen landwirthschaftlichen Erzeugnisse, Wolle, Getreide, Fleisch, Häute u. s. w. bedürfen. Während also der europäischen Industrie der Eingang in Amerika verwehrt werden soll, soll Europa nach wie vor landwirthschaftliche Produkte aus Amerika aufnehmen.

Wir wollen hier nicht die Chancen des Congresses abwägen; die Einigung zwischen den romanischen Süd- und germanischen Nordstaaten wird voraussichtlich nicht so einfach sein. Aber die Sache ist für Europa wichtig genug, um seine Aufmerksamkeit auf das Project zu lenken. Denn es handelt sich dabei um sehr gewichtige wirthschaftliche Interessen Europas. Das Project selbst ist ein Beweis von der zunehmenden Erstarkung der europäischen Industrie und dem Fortschritt der europäischen Ausfuhr industrieller Erzeugnisse. Wenn sich Amerika dagegen abschließen will, so wird Europa nichts anderes übrig bleiben, als für diejenigen bisher aus Amerika bezogenen Producte thunlichst andere Bezugsquellen zu suchen.

In Frankreich erwägt man sogar positive Maßregeln gegenüber den Zollvereinsbestrebungen jenseits des Oceans. Es hat jüngst der Graf B. de Lesse in der Gesellschaft der französischen Landwirthe die Annahme eines Antrags durchgesetzt, welcher für einen landwirthschaftlichen Zollverein der centraleuropäischen Staaten eintritt. Derselbe Graf hat neulich, gerade im Hinblick auf das amerikanische Project, in einem Schreiben an den Reichstagsabgeordneten Grafen Mirbach speziell für einen Zollbund zwischen Frankreich und Deutschland plaidirt!

Es wäre voreilig, wenn deutsche Zeitungen sich heute für ein Project, welches man heute noch in das Gebiet der Utopien verweisen müßte, erwärmen wollten, zumal noch nicht abzusehen ist, ob die Amerikaner unter sich fertig werden und sich einigen können. Immerhin ist es angezeigt, auf die Wichtigkeit des amerikanischen Zollcongresses für Europa und auf die Gefahren hinzuweisen, welche den wirthschaftlichen Interessen Europas erwachsen müssen, wenn der amerikanische Plan sich verwirklichen sollte.

Die Lage der russischen Bauern.

Das große russische Reich besitzt unermessliche Schwarzerdflächen, unübersehbare Wälder, Schätze unter der Erde in Masse; es gehört mit zu den von der Natur am reichsten gesegneten Ländern. Trotzdem ist die wirthschaftliche Lage der Bevölkerung von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer unbefriedigender geworden und Berichte, die in den russischen Blättern enthalten sind oder auf eigenem Studium von Ausländern beruhen, enthüllen oft Bilder trostlosen Massenelends. Acht Zehntel der Bewohner des Niesenreichs nährt sich von der Landwirthschaft und diese leidet trotz des Bodenreichtums am meisten.

„Grafhdanin“, ein gut russisches Blatt, schätzt das Bettlerheer, welches das Land durchzieht, auf 500 000 Köpfe. Wenn das Frühjahr herankommt, so sagt S. Roskoschny in dem kürzlich bei Reipzig erschienenen, lesenswerthen Buche: „Das arme Rußland“, so verwandelt sich ganz Rußland in ein riesiges Nomadengebiet, in welchem Hunderttausende hin- und herziehen, die Einen einzeln, Andere schaarenweise, die Einen mit dem Bettelsack über der Achsel oder dem Pilgerstab in der Hand, die Anderen mit Pferden und mit Wagen, die mit allerlei Hausrath und Säcken beladen sind, zwischen denen Frauen und Kinder lagern, gerade wie bei einer auf dem Marsch befindlichen Zigeunerschaar. Die vom Norden Kommenden treffen unterwegs mit den Anderen zusammen, die von Süden nach Norden ziehen, und ebenso bewegen sich von Westen und Osten zwei Ströme gegen einander. Das ist das große russische Bettlerheer, das zu einem Feldzug gegen die Mildthätigkeit der Nebenmenschen auszieht. Von Jahr zu Jahr schwillt dies Heer an, je mehr der kleine Gewerbestand unter dem Mangel jeder Schulung, bei mangelndem und ganz ungenügendem Kredit zu Grunde geht und je schwieriger sich die Lage des Bauernstandes gestaltet. Wenn gar ein Hungerjahr, die es in Rußland noch in des Wortes schrecklichster Bedeutung giebt, eintritt, so sieht man ganze Bezirke auf die Wanderung getrieben.

Indessen bedarf es zu dieser Massen-*Bagabondage* der Bauernschaften nicht einmal besonderer Ereignisse. Jahr für Jahr sieht man Tausende und Abertausende von Bauern, von Mangel und Entbehrung getrieben, ihre Wohnsitze verlassen, um in der Ferne ein Stück Brod zu suchen, aber meist nur das alte Elend zu finden. Viele Bauernhöfe und sogar Landgüter werden von ihren Eigenthümern verlassen und veröden. Der Kabak, die Branntweinschenke ruinirt das Volk wirthschaftlich, welches für momentanes Vergessen seines Elends und seiner Sorgen den wirthschaftlichen Untergang eintauscht. Unbarmherzig saugen die Kulaki, die Dorfwucherer, die Arbeitskraft der Bauern aus, denen es an Widerstandskraft fehlt, sich dieser Blutegel zu erwehren. Der russische Bauer kann die Konkurrenz von Arbeitern anderer Nationalität nicht aushalten; nicht nur Deutsche, sondern auch Letten, Esten, Tschechen besiegen ihn im wirthschaftlichen Wettstreit und prosperiren, wo der Russe unter gleichen Verhältnissen zurückkommt. Das alles sind Erscheinungen, welche dieselben russischen Blätter, die in ihren Leitartikeln die Kraft und Energie des Landes auf auswärtige Aufgaben zu lenken versuchen, tagtäglich in ihren,

den inneren Zuständen des Landes gewidmeten Rubriken konstatiren, ohne sich dabei nach dem Zeugniß der Petersburger Zeitung des inneren Widerspruchs bewußt zu werden.

Roskoschny führt in der erwähnten Schrift die Ursachen dieser Leiden auf die Macht träger Gewohnheit und auf den Fluch der Isolirung der Dorfbewohner zurück, welche mehr aus Zufall als aus planmäßig von oben geförderter Verbreitung von Kultur Kenntniß von den wirthschaftlichen und technischen Fortschritten des 19. Jahrhunderts erhalten. Er berichtet zahlreiche Beispiele dafür, daß den Gewerbetreibenden Hand- und Kunstfertigkeiten unbekannt bleiben, welche kaum 2 Tagereisen entfernt geübt werden, daß der russische Bauer, wenn er in den Besitz einer Erfindung, wie eines Göpelwerks und dergleichen gelangt, sie sorgfältig vor dem Nachbarn geheim hält, daß sich ganze Dörfer von einander absperren, daß intelligentere Bauern sich mit der Entdeckung von Dingen abmühen, die anderswo längst Gemeingut sind u. s. w. Dazu kommt noch die Beutegier gewissenloser Arbeitgeber und Zwischenhändler. Viele Bauern müssen, um nothdürftig zu leben, irgend ein Hausgewerbe mit der ganzen Familie betreiben; in diesem Nebenverdienst werden sie die Opfer der Lieferanten von Rohstoffen, der Gelddarleiher, der Aufkäufer und schließlich — des Schnapses. Es besteht kein Wuchergesetz, kein Arbeiterschutz, kein geregelter Creditwesen, keine Gewerbeschulen zc.

Aus solchen Schilderungen geht hervor, welche ungeheure Wohlthat für das „arme Rußland“ eine planmäßige friedliche Kulturarbeit wäre und welche vergrabenen Schätze sie zu heben vermöchte.

Politische Tagesfragen.

Unser Kaiser

begab sich am Donnerstag Abend mit der Jagdgesellschaft von Schloß Friedrichsmoor nach Ludwigslust. In dem Trinkspruch, welchen der Kaiser am Dienstag bei dem Galadiner in Schwerin auf den Großherzog von Mecklenburg ausbrachte, heißt es:

„Ich freue mich unendlich in diesen Hallen zu sein, die so voll von angenehmen und freudigen Erinnerungen für unsere Familie sind. Treten uns doch in diesen Räumen Erinnerungen entgegen, die auf Ew. Königlich-Hoheit Herrn Vater und meinem Herrn Großvater zurückführen, zwei der herrlichsten Regenten und Landesväter, welche die Geschichte je gekannt hat. Wir beiden Jüngeren wollen diesen Männern nachstreben, nicht nur in allen Regententugenden, sondern auch in treuer, brüderlicher Anhänglichkeit und in verwandtschaftlicher Einigkeit. Ich werde so fest zu Ihnen stehen, wie ich weiß, daß Sie zu mir halten werden. Ich erhebe das Glas und trinke auf das Wohl des Großherzogs und seiner ganzen Familie. Seine königliche Hoheit der Großherzog und seine Familie hurrah! — hurrah! — hurrah!“

Kaiserliche Kundgebung.

Am 2. Oktober brachte der „Reichsanzeiger“ folgendes:

„Se. Majestät der Kaiser und König hat von dem Inhalt der Kreuzzeitung vom 26. v. M. Kenntniß genommen und die darin ausgesprochenen politischen Auffassungen und Angriffe auf andere Fraktionen lebhaft gemißbilligt. Se. Majestät gestattet keiner Partei, sich das Ansehen zu geben, als besäße dieselbe das Kaiserliche Ohr. Der Kaiser sieht aber in der Verständigung und gegenseitigen Schonung der staatserkhaltenden Parteien untereinander eine für unser parlamentarisches Leben sachlich nützliche Einrichtung und hat die Allerhöchste Mißbilligung der dagegen von der Kreuzzeitung gerichteten Angriffe und Insinuationen unzweideutig ausgesprochen. Seine Majestät sieht in dem Kartell eine den Grundsätzen Seiner Regierung entsprechende politische Gestaltung und vermag die Mittel, mit denen die Kreuzzeitung dasselbe angreift, mit der Achtung vor der Allerhöchsten Person und vor unseren verfassungsmäßigen Institutionen nicht in Einklang bringen.“

Vorstehendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht zu sehen, war nach der Nordd. Allg. Ztg. der ausdrückliche Wunsch des Kaisers.

Der Großherzog von Baden und die Kriegervereine.

Der Militärvereinsverband des Kraichgaus hielt am Montag in Bruchsal seinen ersten Gauverbandstag ab, welchem der Großherzog von Baden anwohnte. Auf einen ihm dargebrachten Toast erwiderte der Großherzog in einer das Wesen der Kriegervereine und ihre Stellung beleuchtenden Rede. Nach einem Hinweis auf die Entstehung der Militärvereine in Baden, die sich bereits vor 50 Jahren im Lande gebildet hätten, fuhr er fort:

„Wir müssen uns immer fragen: ist es nur die Erinnerung, welche die alten Krieger in Vereinen zusammenführt, oder ist es vielmehr die Schule, die sie durchgemacht haben. Ich bleibe gern bei letzterer stehen, denn Sie werden es Alle empfunden haben, wie bedeutungsvoll es ist, die Schule der Armee durchgemacht zu haben. Es gehört sehr viel dazu, um den Pflichten zu genügen, welche die Heerespflicht an den Einzelnen stellt. Wer dieselbe glücklich durchgemacht, hat die Lebensschule durchgemacht und bringt nach Hause diejenige Erfahrung, welche nützlich ist im ganzen übrigen bürgerlichen Leben und so begrüße ich insbesondere das Bestehen und die Fortentwicklung der Militärvereine, denn das Pflichtgefühl, die Treue, die Hingebung, die aufopfernde Selbstlosigkeit, das sind Eigenschaften, die gepflegt werden, da, wo Gehorsam verlangt wird. Gehorsam allein lautet sehr hart, aber er wird verstanden, weil er den Eigenschaften, die ich vorhin nannte, vorangeht, und weil man die Ueberzeugung hat, daß ohne diesen Gehorsam weder in der Armee noch im Leben irgend etwas mit Erfolg durchgeführt werden kann. Trachten Sie darnach, daß Derjenige, welcher seine drei Jahre gebient hat, mit Ihnen sich vereinigt, daß er an diesen Vereinigungen sich mehr und mehr erhebt, dann werden wir auch mit Ruhe und Zubericht jederweber Zukunft entgegensehen können. Und daß dies recht nothwendig ist, werden Sie wohl Alle zugeben, wenn Sie einen Blick in die Zeit werfen, in der wir uns bewegen, wo es immer nothwendiger wird, große Kräfte zu entwickeln, um zu erhalten, was wir errungen haben. Es ist nothwendig, daß die Militärvereine dazu beitragen helfen, den Sinn der treuen Hingebung zu den bestehenden Verhältnissen fester zu gestalten und mehr zu pflegen.“

Der Großherzog schloß mit dem Ausdruck seiner Ueberzeugung, daß dieser Geist in den Militärvereinen lebe und von ihnen fortgepflanzt werde.

Ueber die Lage der Landwirthschaft

kann fortgesetzt wenig Günstiges gemeldet werden. Immerhin eröffnen neuerdings wenigstens einzelne Berichte bessere Aussichten. So wird uns aus Hessen gemeldet: Wenn die Lage der Landwirthschaft namentlich wegen des Steigens der Arbeitslöhne noch immer eine schwierige ist, so läßt sich doch nicht verkennen, daß sie sich allmählig wieder zu befestigen anfängt, wozu auch das fortdauernde Sinken des Zinsfußes beiträgt. Erfreulich, insbesondere für die kleinere Landwirth, ist die Erscheinung, daß neben den größeren kommunalen Spar- und Leihkassen die örtlichen Raiffeisen'schen Darlehnskassen an Ausbreitung und innerer Festigkeit gewinnen, so daß eine allmähliche Einschränkung des Wuchers erhofft werden kann.

Eine Mahnung, den Exportverkehr nicht zu vernachlässigen,

enthält der kürzlich erschienene Bericht der Handelskammer zu Breslau. Mag die Auffassung der Kammer auch vielleicht ein wenig zu grau gefärbt sein, so verdient doch jedenfalls der Rath, in der Bearbeitung des ausländischen Marktes nicht nachzulassen, Beachtung und Beherzigung. In dem Bericht heißt es:

„Die gewonnenen Resultate über den gesammten Außenhandel Deutschlands im Jahre 1888 nach der vorläufigen Uebersicht zeigen uns, daß die Erweiterung unseres Exports nicht mit der sehr bedeutenden Steigerung des inländischen Bedarfs, von der fast alle Industrien des Reiches für 1888 melden, Schritt gehalten hat. Die Aufmerksamkeit der deutschen Industrie scheint sich bei höheren Inlandspreisen von dem viel mühsamer zu bearbeitenden und weniger lohnenden Export-Verkehr im Jahre 1888 mehr abzuwenden. Im Vergleich mit dem auf dem Weltmarkte mit uns so scharf concurrirenden England, wo sich der Außenhandel von 11 672 Millionen Mark in 1887 auf 12 405 Millionen Mark in 1888, also um 733 Millionen Mark hob, stieg der Außenhandel Deutschlands von 6 260 Millionen Mark in 1887 auf 6 496 Millionen Mark, also nur um 236 Millionen Mark. Nimmt man lediglich die Ausfuhr beider Länder zum Vergleich, so hat sich die Englands in diesem Zeitraum um 256 Millionen Mark, diejenige Deutschlands nur um 70 Millionen Mark gehoben. Die Erhöhung der Durchschnittspreise für Deutschland ist dabei mit 42 Millionen Mark in Betracht zu ziehen, die allerdings auch dann für die englische Ausfuhr berücksichtigt werden muß.“

Diese Thatsache wird vielfach als ein absoluter Rückschritt für Deutschland bezeichnet, indem man hinzufügt, daß unsere Ausfuhr von Fabrikation in 1888 zwar die Ausfuhr von 1887 übersteige, aber unter der Summe der Ausfuhr von 1886 bleibe, und dann, daß der Ueberfluß der Ausfuhr von Fabrikaten über die Einfuhr derselben niedriger sei, wie in Jahre 1887. Demgegenüber sei aber doch erwähnt, daß die Vermehrung unserer Einfuhr im Jahre 1888 viel mehr eine Vergrößerung unseres Inlandsconsums, d. h. eine vermehrte Thätigkeit für den deutschen Markt, und zwar auf allen Produktionsgebieten, bedeutet. Soweit ist diese Erscheinung gewiß eine erfreuliche. Vergessen dürfen wir aber nicht, wie sehr die deutsche Industrie allerdings auf die Ausfuhr angewiesen ist, und bedenktlich mag es vielleicht erscheinen, daß auf Grund eines vergrößerten Inlands-Begehres die Industrie-Unternehmungen sich erheblich erweitern

und dann für sie ein Augenblick eintreten kann, wo dieser Bedarf für das Inland nachläßt."

Was den Vergleich mit England betrifft, so darf nicht übersehen werden, daß die Erstreckung des Vergleichs auf einen größeren Zeitraum, etwa auf die letzten 10 Jahre, für uns weit günstigere Ergebnisse liefern würde. Der Außenhandel Englands ist lange Zeit im Verhältnis zu demjenigen der jüngeren Industriestaaten zurückgeblieben, der Antheil der englischen Industrie am Welthandel sank, während sich die deutsche Industrie größere Antheile an letzterem eroberte.

Gegen den Kauf auf Borg.

In ihrem Jahresbericht spricht sich die Handelskammer zu Osnabrück bezüglich der Zahlungs- und Borgverhältnisse bei Handwerkern und im kleinen Verkehr in folgender Weise aus:

„Sowohl bei Detailgeschäften als auch bei den Handwerkern begegnet man noch sehr häufig einer übertriebenen Furcht vor rechtzeitiger Ueberreichung der Rechnung über gelieferte Waaren und Arbeiten, und es muß namentlich gerügt werden, daß der Gebrauch die ganzen Bezüge eines Jahres erst mit dem Eintritt eines neuen Kalenderjahres zu berechnen, noch immer in einer Weise gepflegt wird, welche jeder gesunden Ueberlegung ins Gesicht schlägt. Diese Gepflogenheit hätte doch nur dann Sinn, wenn man annehmen könnte, daß das gesammte Publikum mit dem Beginn des neuen Jahres regelmäßig durch einen ganz besonderen Goldregen beglückt würde. Es ist daher auch unverständlich, zu befürchten, daß die frühere Ertheilung einer Rechnung für die Kundschaft etwas Beleidigendes haben könne. In Wirklichkeit kann es dem Käufer nur angenehm sein, dann zur Zahlung der von ihm gemachten Anschaffungen veranlaßt zu werden, wenn er in den Besitz derselben tritt, da, wenigstens in Bezug auf die Bedürfnisse des täglichen Verkehrs, im Allgemeinen Derjenige etwas kauft, der sich in der Lage befindet, auch zahlen zu können. Wer von diesem einzig richtigen Grundsatz „sich nach der Decke zu strecken“ — von solchen Annahmen größerer Beschaffungen, welche die Regel bestätigen, selbstverständlich abgesehen — abweicht, hat vielleicht im einzelnen Fall triftige Gründe, für die Verichtigung des Kaufpreises Stundung zu erbitten, oder aber, er verdient keinen Kredit. Wir können nur auf das Nachdrücklichste empfehlen, so weit und so lange die Baarzahlung im Kleinhandel und Handwerk noch nicht vollständig durchzuführen ist, wenigstens die Ertheilung monatlicher oder doch höchstens vierteljährlicher Rechnungen zur allgemeinen Regel werden zu lassen. Die Gewerbetreibenden werden sich selbst und ihrer Kundschaft den größten Dienst und eine unbestreitbare volkswirtschaftliche Wohlthat erweisen.“

Ueber die Arbeiterverhältnisse

im Handelskammerbezirk Mülheim a. d. R. jagt der letzte Jahresbericht der Handelskammer: „Wiederholt haben wir es an dieser Stelle ausgesprochen, daß die wachsende Vergnügungssucht im Arbeiterstande ein Eingreifen der staatlichen und städtischen Behörden dringend erheischt. Vergeht doch kein Sonntag, in welchem nicht eine große Anzahl der namentlich aus dem Arbeiterstande sich rekrutirenden Vereine mit allen möglichen Bezeichnungen ihre Feste feiert, welche in ihren Ausschreitungen nicht allein den Wohlstand der Arbeiterfamilien untergraben, sondern auch im Uebrigen in sittlicher Beziehung höchst nachtheilig wirken. Es dürfte daher in erster Linie darauf hinzuwirken sein, daß die Kirkmessen dort, wo sie noch bestehen, aufgehoben werden, da diese mehr noch wie alle anderen öffentlichen Lustbarkeiten ein moralisches Bedenken in sich tragen. Im Uebrigen können die Verhältnisse des Arbeiterstandes unseres Bezirkes im Allgemeinen nur als zufriedenstellende bezeichnet werden, da die Löhne nicht unwesentlich gestiegen sind und im Verhältnis zu den Preisen der Lebensmittel nicht zurückbleiben. Es tritt deshalb auch überall ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter hervor. Damit dieses, wie solches vor Einführung des Gesetzes über die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie hin und wieder der Fall war, nicht wieder gestört werde, müssen wir die Aufrechterhaltung dieses Gesetzes dringend befürworten.“

Aus Ostafrika.

Nach der Aufhebung der Küstenblockade, welche am 1. October erfolgte, wird doch nach einer Bekanntmachung des Befehlshabers des deutschen Geschwaders die Einfuhr von Waffen und Munition an der deutschen Küstentrecke noch verboten bleiben. Angeblich soll der Sultan von Sansibar hiergegen protestirt haben, eine Meldung, die aus englischen Blättern stammt und mit Vorsicht aufzunehmen ist. S. M. Kreuzerregatte „Leipzig“, Commandant: Capitän zur See Plüddemann, mit dem Chef des Kreuzergeschwaders Contre-Admiral Deinhard an Bord, ist am 3. October d. Js. von Capstadt aus in See gegangen.

Personalien.

Aus der allgemeinen Verwaltung und aus der Verwaltung des Innern.

Dem Landrathe Eckard zu Bitburg, Regierungsbezirk Trier, ist die kommissarische Verwaltung des Landrathsamtes im Kreise Buzslau, Regierungsbezirk Biegnitz, übertragen worden.

Vermischtes.

Ueber ein Eisenbahnunglück liegt aus Posen folgender vorläufiger telegraphischer Bericht vom 4. October vor: Der gestern Abend um 8 Uhr 25 Minuten von hier abgegangene Personen-Zug stieß, nachdem derselbe 10 Uhr 26 Minuten Bissa verlassen hatte, in der Nähe von Laßwitz auf einen Güterzug. Wie es heißt, sind von dem Zugpersonal 4 Personen getödtet, einer schwer verwundet, auch unter den Reisenden sollen zahlreiche Verwundungen vorgekommen sein, jedoch liegen authentische Details noch nicht vor. Mehrere Schwerverwundete wurden heute Vormittag hierhergeschafft. — Infolge des Unglücks wird der Verkehr durch Umsteigen hergestellt.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Am 1. October hatte sich das

Kaiserpaar

nach Schwerin zum Besuche des Großherzoglichen Hofes begeben, wo es bis Freitag verblieb. Bei dem Galamahl erinnerte der Kaiser in Erwiderung eines Toastes des Großherzogs an die beiden eng befreundeten Heldengestalten, an dem Vater des regierenden Großherzogs und an den Kaiser Wilhelm I., zwei der besten Landesväter, welche die Geschichte kenne und denen die Nachkommen in Treue verbunden nachstreben wollten. Vor der Schweriner Reise am Montag wurde die

Gesandtschaft des Sultans von Sansibar

in feierlicher Audienz in Potsdam behufs Ueberreichung eines Schreibens und werthvoller Geschenke ihres Herrschers empfangen. Die Gesandtschaft unternahm einen Ausflug nach Stettin zur Besichtigung der Werftstätten des Vulkan und begab sich dann auf Einladung des Großherzogs Karl Alexander nach Weimar. Später wird sie auch Besuche in London und Paris abstatten. Am Mittwoch brachte der Reichsanzeiger eine hochbedeutende

Rundgebung des Kaisers

gegen die Kreuzzeitung, welche es sich seit einiger Zeit angelegen sein ließ, der Krone unerbetene Warnerdienste gegen die Kartellparteien zu leisten und den Anschein zu erwecken, als laufe der Kaiser Gefahr, gleichsam in die Gefangenschaft der Kartellparteien zu gerathen. Die entschiedene Mißbilligung von Seiten des kaiserlichen Herrn sowie die Betonung, daß keine Partei das Recht habe, sich zu stellen, als besitze sie das kaiserliche Ohr, und daß er das Kartell für eine sachlich nützliche Einrichtung unseres parlamentarischen Lebens erachte, hat allerseits, nach den Aeußerungen der Presse, einen tiefen Eindruck gemacht.

Der

Reichstag

ist durch kaiserliche Verordnung zum 22. Okt. einberufen worden. Es bestätigt sich, daß in dieser letzten Session nur dringlichste Arbeiten erledigt werden sollen; dahin gehören der Etat, ein an keine Fristbestimmung der Gültigkeit gebundenes Specialgesetz gegen die Socialdemokratie, die Entscheidung über die Zukunft der Reichsbank.

Dem

Bundesrath

liegen nunmehr alle Specialstats mit Ausnahme des Militäretats vor. Außerdem ist nach Blättermeldungen eine Vorlage eingegangen, welche die Unterstützung einer Dampferlinie nach Ostafrika bezweckt.

Die

bairische Kammer der Abgeordneten

trat zusammen und wählte wieder Frhrn. von Dm zum Präsidenten. Die Finanzlage ist nach dem vorgelegten Etat sehr günstig.

Aus dem Auslande.

In den großen Staaten hat sich in der vergangenen Woche wenig ereignet, was von Bedeutung wäre. In

Frankreich

ist nach den Wahlen eine gewisse Beruhigung eingetreten, obgleich noch eine ganze Reihe von Stichwahlen zu vollziehen sind. Der relative Sieg der Republikaner hat die Besorgnisse vor unmittelbaren politischen Katastrophen verschleudert, wenngleich erst abzuwarten sein wird, ob die neue Majorität in der Kammer im Stande sein wird, die Hoffnungen,

welche die Optimisten auf die Opportunisten setzen, zu rechtfertigen. Der Zusammentritt der Kammer wird kaum vor dem 15. November erfolgen. — Erwähnt mag hier sein, daß der alte General Faidherbe, welcher in dem letzten französisch-deutschen Kriege einer der Heerführer war, gestorben ist.

Italien

hat einen Handels- und Freundschaftsvertrag mit Aethiopien abgeschlossen und hierdurch seine Stellung am rothen Meere wesentlich verstärkt. In dem Vertrage wird ausdrücklich die Rechtmäßigkeit des italienischen Besitzes anerkannt. Dem italienischen und so auch dem europäischen Handel ist nunmehr der Weg nach Aethiopien eröffnet.

In Serbien

haben Neuwahlen stattgefunden, welche einen großen Sieg der Radikalen (102 gegen 13 Liberale) ergaben. Das Wiener „Fremdenblatt“ leitet indes hieraus keine Befürchtungen wegen eines nachtheiligen Einflusses auf die politische Stellung Serbiens nach außen her. Inzwischen ist der oft angekündigte Besuch der

Königin-Mutter Natalie

in Belgrad Thatsache geworden. Sie hat indes ihren Sohn, den König Alexander, noch nicht zu sehen bekommen, weil sie die ihr von der Regentenschaft gestellte Bedingung, von vornherein einen bestimmten Termin für ihre Abreise festzusetzen, nicht erfüllen will. Da die Königin und die Regentenschaft bis jetzt sich nicht haben einigen können, hat sich letztere entschlossen, der Skupschtina ein Gesetz vorzulegen, welches der Königin den Aufenthalt in Serbien verbietet. Der Empfang der Königin, welche von der Bevölkerung gut aufgenommen wurde, war kein offizieller. Von den in Belgrad beglaubigten Gesandten stattete der russische Gesandte Persiani der Königin einen Besuch ab.

Ziel bemerkt wurde ein zuerst telegraphisch von Wolffs Bureau übermittelter Artikel des Wiener Fremdenblatts über das Verhältniß der

Pforte zu Bulgarien.

Er knüpfte an die übereinstimmenden Meldungen beachtenswerther Organe an, daß die Pforte den Wunsch Bulgariens, irgendwie aus seiner ungeklärten staatsrechtlichen Situation herauszutreten, vom Standpunkte der eigenen Interessen aus in Betracht gezogen und nicht unberechtigt gefunden habe, und gab dazu folgende eigene Erläuterungen: Wäre es wahr, daß die Pforte, wie dieselben Meldungen berichteten, in Folge verschiedener aufgetauchter Bedenken der Anregung ihrer eigenen Staatsmänner nicht weiter folgen wolle, dann würde sie freilich in einen Widerspruch gerathen, den sie selbst am Besten empfinden müsse. In dem Maße, als in Bulgarien der allgemeine Wunsch nach Befreiung von den staatsrechtlichen Wirren erstärke, näherte sich die Pforte der Alternative, entweder diese Sanirung auf gesetzlichem Wege zu ermöglichen oder aber

vor eine Eventualität gestellt zu werden, die ihrem eigenen Interesse und den Wünschen Europas durchaus nicht entsprechen könnte. Sei die Pforte von der Ueberzeugung durchdrungen, in einem beruhigten hinsichtlich seiner Existenzfrage befriedigten Bulgarien die Garantie für die Ruhe des Orients und ihre eigene Sicherheit zu finden, so würde Europa schwerlich die Gründe für den von der suzeränen Macht zur Erreichung dieses Zieles unternommenen Schritt verkennen. Wenn einmal die Pforte der Gedeihlichkeit der bulgarischen Verhältnisse und der Fürstentwürde des Prinzen Ferdinand ihre Anerkennung nicht versage, so werde das Vorgehen dieser Thatsachen auch die Entschlüsse der anderen Mächte entscheidend beeinflussen, welche ebenso wie Oesterreich-Ungarn keinerlei Gründe dafür haben könnten, einer Aktion ihre Billigung zu verweigern, deren Durchführung die dazu berechnete Pforte behufs endlicher Gesundung der Zustände auf der Balkanhalbinsel zu beginnen entschlossen wäre.

Die von Socialdemokraten und Ultramontanen in der Schweiz

beantragte Volksabstimmung ist abgelehnt worden, da sich die für diesen Antrag erforderlichen 30 000 Stimmen nicht zusammengefunden haben. Es bedeutet dies eine große Niederlage derer, welche zu Gunsten der Socialdemokratie und des Anarchismus gegen die Einführung eines Bundesanwalts protestirten. Nunmehr soll das betreffende Gesetz mit dem 15. October in Kraft treten.

In

Rotterdam

hat eine Arbeitseinstellung der Quai-Arbeiter stattgefunden, die indes nicht von langer Dauer gewesen: am Donnerstag ist die Arbeit, nachdem sich beide Theile geeinigt, wieder aufgenommen worden. Es waren im Ganzen nur wenige Excesse bei dem Beginn des Strikes vorgekommen; eine Versammlung der Arbeiter protestirte zugleich lebhaft gegen die Versuche socialdemokratischer Einmischung. Dies wird wesentlich zu dem schnellen Ausgleich beigetragen haben.

In

Washington

ist am 1. October der Congreß der „drei Americas,“ wie man die von dem Staatssekretär Blaine einberufene Versammlung von Delegirten Nord-, Mittel- und Südamerikas nennt, zusammengetreten. Sein Zweck ist, die Modalitäten einer ganz Amerika umfassenden Zollunion zu berathen. Vermuthlich wird aber noch viel Wasser den Mississippi herunterfließen, ehe das Projekt, welches den wirtschaftlichen Interessen Europas sehr gefährlich werden könnte, zu Stande kommt.